



Interview mit Prof. Holger Magel: Ländliche Entwicklung

Beitrag

Holger Magel war Chef der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung und hierbei u.a. verantwortlich für den Aufbau des Bayerischen Dorferneuerungsprogramms und die Ökologisierung und damit ein neues Image der Flurbereinigung. Ab 1998 war er Ordinarius für [Bodenordnung](#) und [Landentwicklung](#) an der [TU München](#) und Gründungsdirektor des ersten internationalen Masterstudiengangs „Land Management in urban and rural areas“ in Deutschland. Insgesamt 8 Jahre hindurch stand Magel als Vize- und danach als Präsident an der Spitze des über 110 Länder umfassenden Weltverbands International Federation of Surveyors (FIG).

Neben der jahrzehntelangen Mitgliedschaft im Bayerischen Landesplanungsbeirat war Magel von 2009 bis 2013 Mitglied des Beirats für Raumentwicklung des [Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung](#) sowie von 2014 bis 2018 Mitglied der [Enquete-Kommission](#) des [Bayerischen Landtags](#) „Gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern“. Zentrales Ergebnis der Kommissionsarbeit war das von ihm und Professor Manfred Miosga, Universität Bayreuth, entwickelte Modell der Räumlichen Gerechtigkeit.

Professor Magel war auch intensiv am Aufbau Ost beteiligt: 1992/93 war er EU-Berater für ländliche Entwicklung in allen neuen Ländern.

Für den Bayernbund sind die Frage gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern und die Entwicklung der Regionen ganz zentrale Themen. Aus diesem Grund führten wir mit Professor Magel, der überdies 25 Jahre lang Präsident und Sprachrohr der renommierten Bayerischen Akademie Ländlicher Raum war und nun deren Ehrenpräsident ist, das folgende Interview:

Frage:

Sehr geehrter Herr Professor Magel,

die Bevölkerung Bayerns ist in den letzten Jahrzehnten vor allem in den Großstädten sehr stark gewachsen. Ein Beleg dafür ist der schwierige Wohnungsmarkt in unserer Landeshauptstadt. Jüngst war zu lesen, dass in Oberbayern in den nächsten Jahrzehnten ein weiterer Zuwachs von 370.000 Einwohnern erwartet wird. Welche Konsequenzen werden sich daraus ergeben?

Die Konsequenz wird sein, dass sich die ohnehin schon überfüllte, durch hochpreisige Wohnungen sowie starke Verdichtung und Verlust von privatem Grün unattraktiver werdende Landeshauptstadt München noch breiartiger und massiver in das nähere und weitere Umland ergießen wird – mit allen damit verbundenen und sattsam bekannten Wohnbau-, Verkehrs- und Pendlerproblemen. Die Landkreise Ebersberg, Dachau, Pfaffenhofen und Erding nehmen sogar noch mehr zu als München! Wir bekommen ein sogenanntes Stadt/Land-Kontinuum mit eingesprenkelten freien Flächen, ob landwirtschaftlich, forstlich oder als reine Parks genutzt. Hier weiß man dann nicht mehr, in welcher Ortschaft man gerade ist. Manche sagen, das ist der Preis für unser gewolltes Wachstum, woraus unser Wohlstand generiert; andere sagen wiederum, das muss doch nicht sein. Das ist nicht Gott gegeben. Wir müssen gegensteuern, zumal ja nach dem zunächst prognostizierten 370.000 Einwohnerzuwachs es weitergehen wird mit dem Wachstum. Das hört ja nicht auf, wenn nichts passiert. Aber soweit in die Zukunft will niemand denken. München zum Beispiel schafft es ja nicht einmal, sich vorzustellen, wie es im Jahre 2035 aussehen will, welche Flächen bis dahin zugebaut oder freigehalten werden müssen und wo und wann es einfach einmal genug ist. Tatsache ist, und das sieht jeder: Unsere schöne Landschaft in Oberbayern, vor allem rund um München, wird immer mehr zugebaut und zerschnitten durch wachsende Siedlungen, Gewerbegebiete und Verkehrsanlagen. Die Münchner müssen immer weiter ausschwärmen in den Süden, um noch Erholung in freien Landschaften zu erleben. Sie beeinträchtigen aber damit die dortigen sensiblen Orte und Landschaften. Erste Proteste der Einheimischen gegen den sogenannten Overtourismus gibt es ja bereits.

Ich weiß nicht, wie man da höheren Orts immer noch so euphemistisch von einem Paradies schwärmen kann. Ich sage das klipp und klar: unsere Heimat ist angesichts tiefer Eingriffe in die Landschaften und fortschreitenden Flächenverbrauchs stark gefährdet. Das zeigen auch die vielen besorgten Beiträge in der Zeitschrift „Schönere Heimat“ des Landesvereins für Heimatpflege. Wir machen es unserem Gott schwer, die Hoffnung in unserer Bayernhymne zu erfüllen: „Er behüte Deine Fluren, schirme Deiner Städte Bau.“.

Frage:

Im Gegenzug wird vorhergesagt; dass die Bevölkerung in Oberfranken und Unterfranken eher stagnieren oder sogar zurückgehen wird. Mit welchen praktischen Auswirkungen ist da zu rechnen?

Es wird zu einer immer größeren Schieflage zwischen Nord und Süd kommen. Nach den Berechnungen des Landesamts für Statistik wird nämlich die Bevölkerung in Oberfranken und Unterfranken sowie auch der nördlichen Oberpfalz in den nächsten 20 Jahren teilweise deutlich zurückgehen. Das ist genau das, was uns allen Sorgen macht: der Staatsregierung, den fränkischen und oberpfälzischen Politikern, den Fachleuten. Auch unserer Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, die sich seit Jahrzehnten massiv um eine Balance und eine gleichwertige Politik für die ländlichen Räume einsetzt. Offensichtlich gelingt es aber bisher nicht, durch die Vielzahl von durchaus aner kennenswerten Maßnahmen des Staates (Behördenverlagerung, Hochschulgründungen im Ländlichen Raum, Stadt- und Dorferneuerung in Mittel- und Kleinstädten sowie Dörfern, Kommunale

Allianzen , Integrierte Ländliche Entwicklung, Regionalmanagement, Regionale Wirtschaftsförderung etc.) so erfolgreich wie gewünscht gegen die Attraktion der großen Städte anzukämpfen. Die Gründe sind eindeutig: in München sind es neben dem riesigen Kultur- und Unterhaltungsangebot die attraktiven Arbeitsplätze. Dies kommt in Befragungen z.B. des Regionalen Planungsverbands immer wieder zutage. Diese Arbeitsplätze werden sogar immer mehr, wenn man hört, dass nicht nur BMW massivst ausbaut, sondern Apple, Google, Amazon, Microsoft etc. Niederlassungen in München neu aufmachen beziehungsweise erweitern. Man muss es leider so deutlich sagen, was Politiker natürlich nicht sagen (dürfen): **München zieht wie ein riesiger Staubsauger den nördlichen Landesteilen in Bayern und darüber hinaus (Thüringen, Sachsen) die Jugend ab und schwächt damit die dortige Lebenskraft!** Wie sollen die da noch auf die Füße kommen? Für Afrika heißt unser Mantra: wir müssen vor Ort dort helfen, damit die jungen Leute nicht zu uns kommen (müssen). Und wie heisst es bei uns?

Die Lösung kann nur lauten: Massiv Arbeitsplätze in diese Regionen schaufeln, damit die Jugend dort bleibt beziehungsweise dorthin zurückkommt nach dem Studium, aber nicht nur in staatliche Jobs, was ja in bewundernswerter Weise bereits geschieht, sondern auch in hochwertige Arbeitsplätze in den großen und mittleren Unternehmen! Dies muss ergänzt und begleitet werden durch weitere kluge Hochschulfiliarisierungen und Unterstützung von Unternehmensgründungen wie start ups rund um diese neuen Hochschulstandorte.

Frage:

Veränderungen ergeben sich aber nicht nur zwischen den Regierungsbezirken, sondern auch insgesamt zwischen Stadt und Land. Mehr als die Hälfte der bayerischen Bevölkerung lebt heute im ländlichen Raum. Mit welcher Entwicklung rechnen Sie in der Zukunft? Stadtflicht oder Landflucht?

Noch lebt die Hälfte der bayerischen Bevölkerung im ländlichen Raum. Das ist aber für mich gar nicht so entscheidend, weil die Statistik in Bayern zum Beispiel auch viele Mittel- und Kleinstädte zum ländlichen Raum zählt, wie zum Beispiel meine Geburtsstadt Neuburg an der Donau. In einer anderen Statistik zählen die Neuburger nämlich wie alle anderen Klein- und Mittelstädter zur urbanen Bevölkerung. Deshalb hat Deutschland eine Urbanisierungsrate von über 75 % bei amtlichen 85 % ländlicher Raum Anteil! Welch ein schwer verständlicher, im Ausland sogar unverständlicher Begriffswirrwarr.

Es geht um etwas ganz anderes: Gibt es in Zukunft ein typisch städtisches Leben und ein typisches ländliches Leben? Beim letzteren melde ich Zweifel an. In seinem neuen Buch „Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform“ hat der Kulturgeograph Professor Werner Bätzing ähnlich wie zuvor schon sein Kollege Gerhard Henkel aufgezeigt, wie sehr sich in den letzten Jahren die Unterschiede nivelliert haben. Offensichtlich haben wir nur noch im Herzen oder in der Erinnerung, was das typische oder idyllische (gab es das je?) Landleben im Gegensatz zur Stadt einmal ausgemacht hat.

Gleichwohl wird es allein schon aufgrund der anderen physischen Bedingungen immer Unterschiede geben zwischen Stadt- und Landleben, wie z.B. andere Wohnformen, mehr Übersichtlichkeit und soziale Einbindung, direkterer Zugang zu Menschen und zur Landschaft etc.

Es besteht gegenwärtig bei vielen Menschen eine starke Landsehnsucht oder Landlust, die aber nur

von wenigen Menschen umgesetzt wird in tatsächliches Leben auf dem Lande. Der Roman *Unterleuten* von Juli Zeh – soeben groß in Szene gesetzt im ZDF – zeigt aber auch die Schwierigkeiten. Aus Landlust wird schnell Landfrust – nicht nur aus sozialen, sondern allein schon aus infrastrukturellen und ökonomischen Gründen (unattraktiver ÖPNV, zeit- und nervenraubende Pendlerei, langsames Internet, fehlende Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zu wenig attraktive Arbeitsplätze, Rückgang der Nahversorgung etc.).

Wir müssen deshalb mit langem Atem daran arbeiten, all jenen Menschen, die es wollen, ein zukunftsfähiges attraktives Leben und Arbeiten auf dem Land zu eröffnen – mit zeitgemäßem urbanen Standard in der Infrastruktur, aber mit den Vorteilen des besseren Zugangs zu gesunder Luft und Natur und insgesamt der hier leichter möglichen Erfahrung von „Sinn und Sein“, wie es der Humanökologe Ulrich Eisel so schön ausdrückt.

Etwas profaner gesagt: Es gilt, sich bewusster auf die traditionellen Standortvorteile des ländlichen Raumes wie räumlich verknüpft Wohnen und Arbeiten sowie auf die sozialen Netzwerke zu besinnen und sie zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Das zu erreichen müssen aber alle mitmachen – ansonsten wird es wohl mehr Land- als Stadtflucht geben.

Frage:

Sie haben in Bayern immer für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land gekämpft. Wie definieren Sie in diesem Kontext „Gleichwertigkeit“?

Die Antwort kann sehr akademisch ausfallen unterlegt mit vielen Indikatoren und Kriterien, oder ganz einfach, wobei dann viele Menschen gleichwertige häufig mit gleichartigen oder gleichen Lebensverhältnissen verwechseln. Das passiert dann selbst einem SZ Redakteur. In der Enquetekommission haben wir das gründlicher angepackt: zuerst wollten wir der Politik eine Argumentation an die Hand geben, warum aus zeitlosen moralisch-ethischen Gründen .d.h. aus Gründen der Menschenrechte und Menschenwürde, immer gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land angestrebt werden müssen und warum all jene Ökonomen total falsch liegen und fast unmenschlich, unsozial handeln, wenn sie sagen, man solle die schwachen Regionen sich selbst überlassen und ihnen nur noch stand by-Mindestversorgung gönnen. Hauptsache die starken Ballungsräume boomen – die müsse man stärken und – wie seinerzeit der Zukunftsrat meinte – die ländlichen Räume einfach noch besser an diese anbinden. (siehe Stich- und Reizwort Anbindestrategie).

Wir haben aus dem Generalthema Soziale Gerechtigkeit das Modell der Räumlichen Gerechtigkeit entwickelt (*siehe Abbildung*). Es besteht aus 4 Gerechtigkeiten: der Verteilungsgerechtigkeit (darunter fällt die Infrastruktur), der Chancengerechtigkeit (darunter fällt z.B. der gesamte Bildungssektor), der Verfahrensgerechtigkeit (dazu gehören zentral die Partizipation und Gleichbehandlung der Menschen, auch das Befähigen der Menschen zum aktiven Mitmachen) und der Enkel- oder Generationengerechtigkeit, wozu natürlich umweltverträgliches Handeln (u.a. durch nachhaltiges Planen und Bauen) ebenso gehört wie verantwortliches finanzielles Haushalten.

Zu jedem Sektor gibt es Kriterien. Jede Region kann anhand dieses Katalogs individuell checken und entscheiden, was ihr wichtig ist und was nicht und warum es letztlich in allen 4 Gerechtigkeitssektoren

ein positives oder negatives Gesamt- oder Teilfazit gibt. Was die Enquetekommission klar herausgestellt hat, ist: Jede Region muss selbst beurteilen, welche gleichwertigen Lebensbedingungen sie hat und haben will.

Mit anderen Worten: eine Gemeinde im Bayerischen Wald kann gewisse Defizite in der Verteilungsgerechtigkeit (z.B. Defizite im ÖPNV) haben, aber sehr viel Pluspunkte in der Verfahrens- und Einzelgerechtigkeit (z.B. direkte Bürgermitwirkung oder nachhaltigere Ortsentwicklung). Diese Pluspunkte können die Defizite aufwiegen, so dass in summa eine Gleichwertigkeit gegeben ist aus Sicht der Bewohner, aber nicht unbedingt der Statistiker des Staates! Deshalb sind offenbar die Franken im deutschen Glücklichsatlas –obwohl prima vista infrastrukturell und ökonomisch nicht so stark wie der Süden- glücklicher als die Oberbayern!

Die Lehre daraus: man kann das nicht von oben oder von außen allgemein gültig beantworten! Man muss die Region befragen und aktivieren.

Frage:

Die Übertrittsquote in weiterführende Schulen ist in der Stadt höher als auf dem flachen Land. Worin sehen Sie die Ursache und ist das für die ländliche Bevölkerung ein Nachteil?

Ohne Bildungspolitiker sein zu wollen: Die Übertrittsquote ist höher in der Stadt auf Grund der dort andersartigen Sozial- und Bildungsstruktur, sicher auch wegen der höheren Dichte von leichter erreichbaren Schulen. Es kann aber auch sein, dass im ländlichen Raum einfach eine größere Bereitschaft besteht für eine duale Berufsausbildung, also für Tätigkeiten in Handwerk, Landwirtschaft, Industrie etc..

Da gilt für mich: ***Wir brauchen auch echte Meister und nicht nur universitär ausgebildete Master!!***

Und ich halte es durchaus mit Prof. Julian Nida Rümelin, der – obwohl Sozialdemokrat – nicht jeden Schüler zum Abitur und Universitätsstudium führen will und ein klares Bekenntnis zum Handwerker abgibt!

Frage:

Der Wandel im ländlichen Raum ist unübersehbar. Gerade im Umfeld der Metropolen verlieren viele Orte ihre ursprüngliche Identität und ihr Erscheinungsbild ist austauschbar.

Das ist keine Frage, sondern bereits eine Feststellung, der ich nicht widersprechen kann. Ich leide jedes Mal, wenn ich am Wochenende im Umfeld Münchens unterwegs bin. Kleinere Ausnahmen gibt es noch- und das sind dann besonders sensible Bürgermeister und Gemeinderäte, die sich dagegenstemmen und mit bewusster Leitbildarbeit und Partizipation die Identität und Einmaligkeit ihres Ortes zu erhalten versuchen. Eine Gemeinde kann sehr wohl entscheiden, wie weit sie wachsen und eine Grenze definieren will. Dazu gibt es die Bauleitplanung und die Unterstützungsmöglichkeiten des Freistaats beispielsweise zur Stadt- und Dorfentwicklung. Aber man muss es wollen.

Frage:

In einem Artikel haben Sie formuliert, „wenn es doch nur so einfach wäre mit den Menschen und ihrem Zwiespalt zwischen Sehnsüchten und der Wirklichkeit: Menschen wollen bequem einkaufen in Outletcentern auf der grünen Wiese, gleichzeitig protestieren sie aber gegen Flächenverbrauch und Zerstörung der Landschaften durch neue Gewerbegebiete“. Was kann die Politik da tun?

Die Widersprüchlichkeit menschlichen Verhaltens werden wir wohl nie ganz auflösen können – man muss versuchen ihr zu begegnen durch Information, Aktivierung und Heranführen der Bürger an das Problem (z.B. Partizipation, wie in der Stadt- und Dorferneuerung möglich) und durch materielle Belohnung.

Die Politik kann so viel tun wie gerade in der Corona Virus Krise: immer wieder an die Vernunft, Einsicht und Gefühle der Menschen appellieren – und Förderung anbieten für entsprechend gutes Handeln. Und die Kommunalpolitiker müssen den unbequemen, aber letztlich lohnenden Weg der Innen- statt Außenentwicklung gehen. Gemeinden wie Freyung, Hofheim, Weyarn oder Kirchanschöring sind leuchtende Beispiele, die Mut machen.

Frage:

Die erstarkten politischen Ränder in unserer Gesellschaft werden oftmals darauf zurückgeführt, dass sich die Menschen in bestimmten Regionen abgehängt fühlen von den wirtschaftsstarken Metropolen. Sehen Sie das ähnlich?

Ich habe leider keine eigenen Evidenzen, aber es ist immer wieder zu lesen, dass Trump, der Brexit, Le Pen und auch besondere Parteien bei uns auf das Gefühl vieler Menschen in strukturschwachen Regionen, abgehängt zu sein, zurückzuführen ist. Ich möchte aber ergänzen: dieses Gefühl muss nicht allein begründet sein in fehlender finanzieller Unterstützung (denn dann dürfte es das Phänomen in Ostdeutschland so stark nicht geben). Es resultiert wohl aus mehr aus einer Mischung von zu rasantem wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Wandel. Es ist doch furchtbar, wenn in Thüringen fast alle Frauen in den Dörfern verschwunden sind (und viele davon in München arbeiten!) und die männliche Jugend als Loser allein mit den Alten zurückgeblieben ist Und dann wundern wir uns, wenn dort spezielle Milieus und Gesinnungen entstehen?!

Frage:

Heiß diskutiert wird in politischen Kreisen der Vorstoß von Ministerpräsident Markus Söder, die Stadt München zu einem eigenen Regierungsbezirk zu machen. Dies steht doch in konträrem Widerspruch, zum Versuch, landesplanerisch die umliegenden Landkreise in eine sinnvolle Stadtentwicklung einzubeziehen.

Es ist für mich noch zu früh, das seriös beurteilen zu können, was MP Söder mit diesem Vorstoß bezweckt hat. Das allgemeine Erstaunen oder gar verhaltene Entsetzen vieler (darunter auch von Landrat Göbl) habe ich jedenfalls nachvollziehen können. Ich spreche von persönlicher Enttäuschung. Warum? Weil ich darauf vertraut habe, was Horst Seehofer und nachfolgend Markus Söder und Hubert Aiwanger versprochen haben: eine Entschleunigung Münchens! Diese ist aus den dargelegten Gründen dringend notwendig. Fast jede Woche bricht der Verkehr zusammen, die Wohnungspreise schießen durch die Decke, die Verdichtung Münchens nimmt rasant zu, und davon unberührt zieht

München aktiv oder inaktiv ständig neue überregionale Firmen und Jobs an, als ob es nicht schon genug hätte. Müssen denn die m.E. völlig aus der Zeit gekommene IAA und als Extrageschenk Scheuers ein milliardenschweres neues Mobilitätszentrum ausgerechnet in das bereits überfüllte München ziehen? In eine Stadt, die jetzt schon die wenigsten Grünflächen aller deutschen Großstädte hat und allein auf den Erholungseffekt des Umlandes setzt und durch ihr ungebremses Wachstum in den „Greater Munich“ Raum genau diesen gefährdet?! Wäre es denn nicht ein souveräner Solidarakt gewesen, zumindest das erhebliche Infrastruktur und Fläche benötigende Zentrum in eine ländliche Region Bayerns oder in Ostdeutschland zu platzieren und die IAA der Konkurrenz in Hamburg zu überlassen?

Das Signal Söders, mit Schaffung eines 8.Regierungsbezirks den Staubsauger München zusätzlich stärken und beschleunigen zu wollen (Söder: „München mit Maß klug beschleunigen“), ist für mich leider nicht anders zu verstehen als eine klare Aufmunterung und Bestärkung des bisherigen fatalen Wachstumskurses.

Ob das ein Beitrag zur Gleichwertigkeit in ganz Bayern oder selbst in Oberbayern ist? Wir werden sehen.

Fragen gestellt von Fritz Lutzenberger, Redakteur der Weiß-Blauen Rundschau vom Bayernbund

Bilder:

B005a: Professor Holger Magel bei der Vorstellung der Ergebnisse der Enquete-Kommission

B005b: Der neue Akademie-Ehrenpräsident Holger Magel mit Staatsministerin Michaela Kaniber und seinem Nachfolger Prof. Manfred Miosga

B005c: Das Modell der Räumlichen Gerechtigkeit.





Kategorie

1. Leitartikel

Schlagworte

1. Bayern
2. München-Oberbayern